

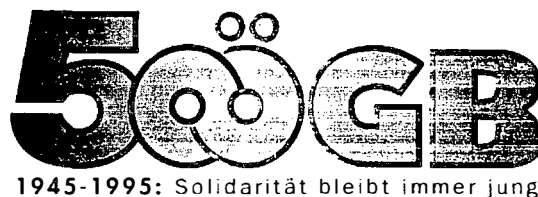
SNME/792



# Österreichischer Gewerkschaftsbund

Bundesministerium für Jugend  
und Familie

Franz-Josefs-Kai 51  
1010 Wien



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Z1.23 0102/1-II/3/95

Unser Zeichen, Bearbeiter(in)

DrLeu/Scha  
SP-VIII

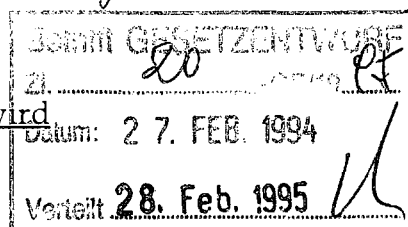
Klappe (DW)

237

Datum

23. Februar 1995

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird



Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des Entwurfes zur Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes. Er schließt sich dazu der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer an, die gemeinsam erarbeitet wurde. Besonders zu betonen sind allerdings folgende politische Bereiche:

Auf strikte Ablehnung der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer stoßen zunächst und vorweg zwei Regelungsbereiche des Entwurfes. Es geht dabei einerseits um die Reduzierung des Anteils des Familienlastenausgleichsfonds an der Finanzierung des Karenzurlaubsgeldes auf 50 % (derzeit 70 %) und andererseits um die Herabsetzung der Überweisungen des Fonds an die soziale Pensionsversicherung für Ersatzzeiten beim Karenzurlaubsgeld bzw. der Teilzeitbeihilfe.

Die entsprechenden Regelungen führen aus der Sicht der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer lediglich zu bloßen Verschiebungen von Finanzierungsproblemen. So müssen die im Entwurf vorgesehenen Änderungen der Finanzierung des Karenzurlaubsgeldes zu Lasten der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik (Finanzierungsvolumen 2,4 Milliarden Schilling) in diesem Bereich zwangsläufig zu budgetwirksamen Zuzahlungen oder Beitragserhöhungen führen.

HOHENSTAUFENGASSE 10-12, A-1010 WIEN, POSTFACH 155

Telefon (0 22 2) 534 44 Durchwahl - Telefax (0 22 2) 534 44 204 - Telegramm-Adresse: Gewebund Wien - Fernschreiber (11) 43 16

BAWAG AG WIEN - Kto-Nr.: 01010 225 007 - PSK WIEN - Kto-Nr.: 1808.005 / DVR-Nr.: 0046655 / ATU 162 731 00

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
www.parlament.gv.at

## Seite - 2 -

Im Verhältnis Pensionsversicherung und Familienlastenausgleich liegt die gleiche Problematik vor. Die Verschiebung eines Finanzierungsvolumens von über 1 Milliarde Schilling führt zwangsläufig zu einer erhöhten Zahlungsverpflichtung des Bundes an die Pensionsversicherung, was letztlich auch mit dem Ziel der Budgetkonsolidierung nicht im Einklang ist.

Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer sind bereit, eine eingehende Diskussion über neue Finanzierungsgrundlagen des Familienlastenausgleichs zu führen, die hier vorgesehenen Maßnahmen sind dazu allerdings kein Weg und werden abgelehnt.

**Zu weiteren einzelnen Bestimmungen des Entwurfs:****Zu Artikel I Z.1:**

Der Entwurf verfolgt das Ziel der Abschaffung der Selbstträgerschaft von Gebietskörperschaften bei den Familienbeihilfen ebenso nicht mehr wie das Ziel der Valorisierung der Länderbeiträge zum Familienlastenausgleich. Die Länder sind damit nicht bereit, in diesem Bereich einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung zu leisten, was auch in Zusammenhang mit dem Familienlastenausgleich kritisch zu vermerken ist.

Der Entwurf will der in Rede stehenden Problematik nun dadurch begegnen, daß jenem Elternteil, der von einem Selbstträger Bezüge erhält, ein vorrangiger Anspruch auf die Familienbeihilfe zuerkannt wird.

Dies führt allerdings dazu, daß vom Prinzip der vorrangigen Zahlung an Mütter abgegangen werden muß. Die Regelung ist daher aus sozialpolitischen Gründen abzulehnen.

**Zu Artikel I Z.2:**

Hier wird eine Kürzung des Grundbetrages der Familienbeihilfe um S 100,-- vorgenommen. Diese gleichmäßige Belastung ist unsozial und hat auch mit dem Vorhaben der Zielgenauigkeit und Treffsicherheit im Sozialbereich nichts zu tun. Eine Verringerung des Grundbetrages für behinderte Kinder ist jedenfalls auszuschließen.

**Zu Artikel I Z.3:**

Die vorgesehene Regelung führt zu Härtefällen, wenn Kraftfahrlinien außerhalb der Unterrichtszeiten verkehren und dadurch unzumutbare Wartezeiten auftreten. Es ist daher sicherzustellen, daß innerhalb einer angemessenen Wartezeit (maximal eine

## Seite - 3 -

halbe Stunde) eine linienmäßige Beförderung möglich ist und damit die Zumutbarkeit aufrecht erhalten wird.

Zu Artikel I Z. 4, 5 und 6:

Die geplante Abschaffung der Barleistungen für Heimfahrten in die elterliche Wohnung bewirkt den Entfall eines großen Teiles der bisherigen Schulfreifahrten, wovon auch Lehrlinge besonders betroffen sind. Für eine große Zahl von InternatsschülerInnen und StudentInnen, die ihre Ausbildung an einem anderen als ihrem Wohnort absolvieren müssen, würde der Wegfall der Beihilfe eine große Härte bedeuten, weil nicht zuletzt mit zunehmender Entfernung des Wohnortes von der besuchten Bildungsinstitution die individuellen Belastungen überproportional ansteigen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund spricht sich daher gegen die geplante Änderung aus.

Zu Artikel I Z. 7, 9 und 13:

Die hier vorgeschlagenen Regelung des Selbstbehaltes bei Freifahrten, die kleine Einkommen und auch Lehrlinge besonders benachteiligt sowie bei längeren Fahrtstrecken zu überproportionalen Belastungen führt, ist unsozial und durch alternative Sparmöglichkeiten zu ersetzen. So ist in erster Linie die Neugestaltung der Tarife bei Fahrtbeihilfen und Freifahrten dazu geeignet, die vorgesehene 10-prozentige Einsparung zu erreichen.

Sollte über den Weg der Tarifgestaltung kein substantielles Ergebnis zu erreichen sein, so kann der Einsparungseffekt damit erzielt werden, indem die Beiträge, die aus dem Familienlastenausgleichsfonds den einzelnen Verkehrsträgern zur Verfügung stehen, insgesamt um 10 % abgesenkt werden.

Zu Artikel I Z. 12 und 14:

Die hier vorgesehene Regelung, nach der Freifahrtausweise nur bei Distanzen von mehr als 1,5 Kilometer zustehen, sind vor allem auch im großstädtischen Bereich kein Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit für SchülerInnen und führt insbesondere in Ballungszentren zu vermehrtem Verkehrsaufkommen. Die Maßnahme ist daher abzulehnen.

Zu Artikel I Z. 16:

§ 30m Abs.5 (neu) behält die Benachteiligung für Lehrlinge (gegenüber Schülern) bei, wonach Lehrlinge, wenn sie die unentgeltliche Beförderung für einen Teil des

Weges in Anspruch nehmen können, für den restlichen Teil des Weges keinen Fahrtbeihilfenanspruch haben. Die Regelung ist entsprechend zu adaptieren.

Zu Artikel I Z. 18 bis 23:

Auch bei den Schulbüchern müssen nach Auffassung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes unsoziale Selbstbehaltsregelungen durch alternative Sparmöglichkeiten ersetzt werden. Wie in den letzten Wochen mehrmals darauf hingewiesen, sind entsprechende Einsparungsmöglichkeiten:

- Absenkung der Höchstgrenzen für die Durchschnittskosten pro SchülerIn um bis zu 10 %; allerdings mit der Ausnahme der Pflichtschulen (Volksschulen, allgemeine Sonderschulen, berufsbildende Pflichtschulen, Hauptschulen, Polytechnische Lehrgänge, Unterstufe der AHS)
- Weitgehende Herausnahme der Schulbücher für Freigegenstände aus der Schulbuchaktion
- Kostenreduktionen durch Verhandlungen mit den Verlagen und Schulbuchproduzenten
- Überprüfung, inwieweit die bestellten Schulbücher tatsächlich im Unterricht benutzt werden
- Evaluierung betreffend kostengünstigere Verwendung von Arbeitsbehelfen anstelle von Arbeitsbüchern
- Vereinheitlichung der Limits für die Schulen im Oberstufenbereich (BMHS und AHS-Collegs)
- Bei der Überprüfung der Kosten der Schulbuchaktion sind auch Kosten für Bücher, die außerhalb der Limits liegen, miteinzubeziehen
- Reduktion des Titelzuganges (neue Schulbücher sind nur nach tatsächlich gegebener Notwendigkeit zu approbieren, eine Überprüfung der Mehrfachabdeckung eines Gegenstandes mit verschiedenen Schulbüchern ist vorzunehmen)
- Vereinheitlichung und Einschränkung der derzeitigen Gutachterkommissionen.

Zu Artikel I Z. 26:

Im Entwurf ist ein Entfall der Abgeltung des Sozialtarifs der Österreichischen Bundesbahnen vorgesehen. Da es dabei um ein für die Österreichischen Bundesbahnen

## Seite - 5 -

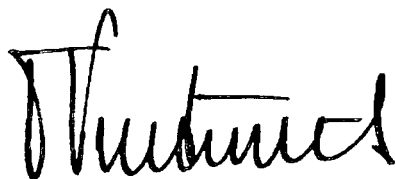
außerordentlich bedeutendes finanzielles Volumen von rund 450 Millionen Schilling geht, wären die Österreichischen Bundesbahnen gezwungen, entweder den Pendlertarif zu vervielfachen oder die Schülerbeförderung einzustellen - die vorgesehene Regelung ist daher begreiflicherweise nicht annehmbar.

Zu Artikel I Z. 27:

Der geplante Entfall der Schulfahrtbeihilfe für Kinder von Asylwerbern ist sozialpolitisch nicht begründbar.

Abschließend macht der Österreichische Gewerkschaftsbund darauf aufmerksam, daß die im Entwurf vorgesehenen Regelungen auch in Zusammenhang mit anderen Regelungen, etwa im Budgetbegleitgesetz 1995, zu sehen sind und eine Gesamtbeurteilung bei Vorliegen des entsprechenden Gesamtpaketes zu treffen ist.

F.d.



Friedrich Verzetnitsch  
Präsident



Karl Drochter  
Leitender Sekretär